

Ressort: Politik

Justizminister drängen auf besseren Schutz von Whistleblowern

Berlin, 08.11.2017, 08:24 Uhr

GDN - Nach der Veröffentlichung neuer Geheimdokumente aus Steueroasen wollen die Justizminister der Länder in der Frage eines besseren rechtlichen Schutzes von Whistleblowern Druck auf den Bundesgesetzgeber machen. "Wer nachweislich Unrecht aufdeckt, verdient den Schutz unseres Rechtssystems", sagte Bremens Justizsenator Martin Günthner (SPD) dem "Handelsblatt" (Mittwochsausgabe).

Er begrüße daher das Bestreben auf europäischer Ebene, wichtigen Hinweisgebern per Gesetz mehr Sicherheit zu garantieren. Es sei aber "dringend notwendig, dass wir auch auf nationaler Ebene prüfen, inwieweit es hier einer gesetzlichen Regelung zum Schutz von Whistleblowern bedarf". Hierfür werde er sich bei der Justizministerkonferenz am Donnerstag in Berlin "nachdrücklich einsetzen". Günthner nahm dabei Bezug zu den neuen, umfangreichen Veröffentlichungen zur globalen Steuervermeidung. "Schwerwiegende gesellschaftliche Missstände können oftmals nur öffentlich gemacht und abgestellt werden, wenn die entsprechenden Informationen über den Kreis der unmittelbar Beteiligten hinaus bekannt werden", sagte er. Dies zeige nicht zuletzt die aktuelle Debatte über die sogenannten "Paradise Papers" und der damit bekannt gewordenen Steuervermeidung "zulasten unseres Gemeinwesens". Ohne die Arbeit von Whistleblowern und Journalisten sei man hier "wohl noch immer völlig ahnungslos". Ähnlich äußerte sich der Hamburger Justizsenator Till Steffen (Grüne). "Mutige, die rechtswidrige Vorgänge aufdecken und dadurch dem öffentlichen Interesse dienen, müssen besser vor Strafverfolgung oder Kündigungen geschützt werden. Hierfür brauchen wir gesetzliche Regelungen, wie wir es bereits im Juni 2016 auf der Justizministerkonferenz beschlossen haben und auf der kommenden erneut besprechen werden", sagte Steffen dem "Handelsblatt". Vor einem Jahr hatten die Länderjustizminister in einem Beschluss gefordert, den deutschen Whistleblower-Schutz, der sich auf "vereinzelte Vorschriften und Einzelfallentscheidungen von Gerichten" beschränke, auf den Prüfstand zu stellen. Seinerzeit baten die Minister die Bundesregierung um Prüfung, ob der Schutz von Hinweisgebern einer gesetzlichen Regelung bedürfe. Nun mahnte Steffen zur Eile. "Der Schutz von Whistleblowern ist überfällig. Die Gesellschaft ist auf verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Bürger angewiesen, um Verfehlungen in großen Organisationen auf die Schliche zu kommen."

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-97288/justizminister-draengen-auf-besseren-schutz-von-whistleblowern.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com